

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses  
für Abfall und Bodenschutz  
am 09.06.2009, 09.00 Uhr, im Sitzungssaal des Kreishauses,  
Herzberger Straße 5, 37520 Osterode am Harz

Anwesend:

**I. Die Kreistagsabgeordneten**

Werner Bruchmann, Bad Sachsa	
Klaus Liebing, Bad Sachsa	
Herbert Lohrberg, Eisdorf	
Helga Meyer, Herzberg am Harz	- Vorsitzende -
Raymond Rordorf, Osterode am Harz	
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz	
Uwe Schrader, Osterode am Harz	
Eberhard Siegler, Osterode am Harz	
Erich Sonnenburg, Badenhausen	i.V.d. Abg. Posselt
Günter Wellerdick, Herzberg am Harz	i.V.d. Abg. Miche
Walter Zietz, Bad Lauterberg im Harz	

**II. Von der Verwaltung**

Landrat Bernhard Reuter	
Erster Kreisrat Gero Geißreiter	
Kreisoberamtsrat Michael Bührmann	
Kreisangestellte Susanne Maruhn-Vladi	
Kreisangestellter Rainer Scholz	
Kreisangestellter Martin Sieloff	
Kreisamtmann Rüdiger Cerny	- Protokollführer -

Zuhörer:

Die Kreistagsabgeordnete

Karin Wode, Elbingerode

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung des Ausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Anträge werden nicht gestellt; der Ausschuss stellt folgende

T a g e s o r d n u n g:

fest:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz vom 07.05.2009
4. Bericht des Landrats
5. Vorstellung und Diskussion über die Informationsvorlage Abfallwirtschaftskonzept (AWK), Fortschreibung 2009 (Verwaltungsentwurf)
6. Anfragen und Mitteilungen
7. Einwohnerfragestunde

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz am 07.05.2009

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Abfall und Bodenschutz vom 07.05.2009 wird mit der Änderung, dass statt dem Abg. Rordorf, der Abg. Vokuhl an der Sitzung teilgenommen hat, genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g bei  
4 Stimmenthaltungen)

Punkt 4:

Bericht des Landrats

1. Abfallmengen – aktuelle Entwicklung

Unter anderem vor dem Hintergrund der Neukalkulation der Abfallgebühren 2009 sowie der Erstellung des jetzt vorliegenden Entwurfs des Abfallwirtschaftskonzeptes sei die aktuelle Mengenentwicklung des laufenden Jahres von besonderer Bedeutung.

Dabei sei zum einen der Rest- und Sperrabfall, zum anderen die Kreismülldeponie zu betrachten. Beim Restabfall liege die abgeholte Menge derzeit ebenso wie die Sperrabfallmenge ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres. Auch die Zahl der Sperrabfallabholungen sei mit 2008 vergleichbar, die Zahl der eingehenden Karten zeige in den beiden letzten Monaten allerdings steigende Tendenz – zu dieser Jahreszeit aber auch eine übliche Entwicklung, die sich momentan wieder normalisiere. Das mit der Abholung beauftragte Unternehmen habe auf das stark erhöhte Aufkommen im Übrigen mit zusätzlichen Touren und dem Einsatz von Zusatzfahrzeugen reagiert. Im Zuge der Gebührenanhebung seien – wie nicht anders zu erwarten – zahlreiche Änderungsanträge auf Verringerung des Behältervolumens eingegangen, dies sowohl aus dem privaten als auch dem gewerblichen Bereich. Sind private Änderungen oft leicht nachvollziehbar – werde doch noch, im Einzelfall sogar erhebliches, Leervolumen bereitgehalten – sei die Sachlage im gewerblichen Bereich anders zu werten. Hier wird nicht auf eine Reduzierung der Abfallmenge verwiesen, sondern auf die Nutzung von externen Verwerterbetrieben. Es ist zu prüfen, in wie weit diese Verwertungswege legal seien. Allerdings unterfallen etliche Betriebe der Zuständigkeit des Gewerbeaufsichtsamtes und nicht der hiesigen unteren Abfallbehörde.

Auch auf der Kreismülldeponie sei die Entwicklung bislang wie im Vorjahr verlaufen, Anlieferungen zur Kleinanlieferstation sowie aus dem Baugewerbe lägen auf dem Niveau von 2008. Vorbehandlungsbedürftige Abfälle aus dem gewerblichen Bereich seien allerdings kaum zu verzeichnen, hier werden Wege gesucht, die aus dem Landkreis herausführen. Zur Prüfung der Legalität gelte auch hier das eben Gesagte. Schließlich würden im Juli 2009 zahlreiche sogenannte DK I Deponien geschlossen, in ganz Niedersachsen verblieben vier Standorte, Hattorf am Harz gehöre dazu. Inwieweit dies Auswirkung auf die Mengenentwicklung hätte, bleibe abzuwarten. Prognosen vermöge da niemand zu erstellen.

In der sich anschließenden Aussprache bittet der Abg. Rordorf zukünftig bei einer Verzögerung der Abholung von Grünabfällen die wartenden Anlieferer am Standplatz entsprechend zu informieren. Der Landrat sagt zu, dass er darauf bei der Geschäftsführung des mit der Abfuhr beauftragten Unternehmens hinwirken wolle.

Eine weitere Aussprache ergibt sich nicht.

Punkt 5:

Vorstellung und Diskussion über die Informationsvorlage Abfallwirtschaftskonzept (AWK), Fortschreibung 2009 (Verwaltungsentwurf)

Zunächst informiert der Landrat mit einleitenden Bemerkungen über diesen Verwaltungsentwurf. So sei die Abfallwirtschaft des Landkreises ein verlässlicher Partner in Sachen Pünktlichkeit und Flexibilität und biete eine reichhaltige Palette von Entsorgungsleistungen, „Alles an einem Tag“ und überwiegend im Holsystem, das sei bürgerfreundlich, und diese Art der Einsammlung komme älteren Menschen entgegen.

Dutzende Male im Jahr werde die Entsorgungsleistung willkommen in Anspruch genommen, einmal im Jahr allerdings in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt, nämlich mit Versendung des Abfallgebührenbescheides.

Ein Zweipersonenhaushalt zahle 2009 für alle Leistungen rund 165.- € pro Jahr für einen 40 Liter Restabfallbehälter, d. h. weniger als 7.- € pro Person und Monat, eine vierköpfige Familie für einen 80 Liter Behälter zahle rund 5,60 € pro Person und Monat. Mit diesen Beispielen sollen die Abfallgebühren nicht „kleingerechnet“ werden, aber jeder solle diese Kosten einmal mit anderen monatlichen Aufwendungen vergleichen.

Für die Zukunft gelte es, den Rückgang der überlassungspflichtigen hausmüllähnlichen Abfälle, vor allem aus dem gewerblichen Sektor zu stoppen und die Annahmemengen auf der Kreismülldeponie zu erhöhen um die Einnahmesituation zu verbessern und gleichzeitig seien die Ausgaben, insbesondere für den Deponiebereich, im Rahmen des Möglichen zu senken.

Das Abfallwirtschaftskonzept beschreibe das vorhandene Entsorgungsangebot des Landkreises, zeige zunächst verschiedene mögliche Handlungsoptionen auf, die dann in einer vorweggenommenen Bewertung in verschiedenen Vorschlägen münden.

Anschließend übernimmt Ang. Scholz die Vorstellung des Abfallwirtschaftskonzeptes mit einer Präsentation. Mit anschaulichen Tabellen und Beiträgen erläutert er die wichtigen Bestandteile des Abfallwirtschaftskonzeptes, nämlich

- die Bestandsaufnahme,
- die zukünftige Entwicklung,
- den Maßnahmenkatalog,
- die Ableitung von Zielen aus dem Maßnahmenkatalog,
- die Zusammenfassung und das Resümee.

Die Vorsitzende bedankt sich für die sehr ausführliche Präsentation und bringt zum Ausdruck, dass für sie zwei Hauptziele im Vordergrund stünden, nämlich eine Gebührensenkung und die Gebührengerechtigkeit. Bei der sich anschließenden Aussprache beantwortet Kreisoberamtsrat Bührmann die Frage des Abg. Bruchmann nach einer Hochrechnung der Gebühren, wenn jeder nur die Mindestlitermenge vorhalten würde mit dem Hinweis, dass viele Gebührenpflichtigen schon in den letzten Jahren ihr Behältervolumen angepasst hätten.

Der Abg. Schirmer erklärt, dass das System und der Rundum-Service in Ordnung seien, stören würde nur der Preis. Für ihn sei es vordringlich die Deponiekosten zu senken. Er könne sich vorstellen, dass mineralische Stoffe gesammelt würden, diese aufbereitet und dann z. B. als Drainageschicht mit eingebaut werden. Er könne sich aber nicht vorstellen, dass in der Altdeponie Rödermühle sehr viel Rohstoffe wie z. B. Alteisen vorhanden seien, so dass sich eine Umlagerung wohl nicht rechne.

Der Abg. Rordorf zeigt sich ebenfalls zufrieden mit der Abfallwirtschaft im Landkreis und begrüßt die interessanten Aspekte für die Zukunft, die auch im Vortrag gut dargestellt wurden. Insbesondere weist er auf die sinnvollen Umweltstandards hin, die nun einmal ihren Preis hätten. Ziel sei es, ein tragfähiges Konzept zu entwickeln, bei dem sich die Kosten entsprechend einzuordnen hätten. Hinsichtlich der Abdichtung der Altdeponie Rödermühle müsse die Sicherheit für Natur und Umwelt im Vordergrund stehen. Seine Frage zur Sickerwasserbelastung aus der Altdeponie Rödermühle beantwortet der Deponieleiter Sieloff mit dem Hinweis, dass grundsätzlich mit den Jahren immer geringere Belastungen im Sickerwasser zu finden wären. Zusätzlich bemängelt der Abg. Rordorf die hohe Quote bei den Fehlwürfen in den gelben Säcken. S. E. sei hier weiterhin die Aufklärung der Bürger notwendig. Bei einem Ausblick in die Zukunft bittet er um die Beachtung folgender Eckpunkte:

Einsatz von regenerativer Energie,  
Möglichkeiten der Rekommunalisierung und  
kostengerechte Sperrabfallabholungen.

Insgesamt sehe er die im Abfallwirtschaftskonzept vorgeschlagenen Punkte für fortschrittlich und mutig.

Auch der Abg. Wellerdick bestätigt, dass die Müllabfuhr im Landkreis Osterode am Harz beliebt sei. Er sträube sich zwar nicht gegen „Einsparungen“, aber das Herausgreifen von einzelnen Leistungen wie die Kostenbeteiligung bei der Grünabfallsammlung oder beim Sperrabfallabruf oder der PPK-Sammlung wäre mit Vorsicht zu behandeln. Hinsichtlich der Kosten verweist er auf Fehler in der Vergangenheit, so hätten in früheren Jahren Rücklagen angesammelt und damit hätten die heutigen Gebührensprünge aufgefangen werden können. Dem widersprach der Landrat, weil der Landkreis kein Ermessen bei der Rücklagenbildung habe. Überschüsse seien spätestens nach 3 Jahren dem Gebührenhaushalt zuzuführen.

Der Abg. Lohrberg erklärt, dass die SPD-Fraktion sich noch nicht ausreichend mit dem Inhalt des Abfallwirtschaftskonzeptes auseinandergesetzt habe. Schließlich solle über die Sommerpause hinweg diskutiert werden. Deshalb schlägt er vor, dass die im Ausschuss beteiligten Fraktionen jeweils eine Person für einen Arbeitskreis melden, um gemeinsam mit der Verwaltung eine Expertenrunde zu bilden, die u.a. Vorschläge des Abfallwirtschaftskonzeptes aufgreift und letztlich zur Umsetzung vorschlägt. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung. Da eine Meldung bis zum 30.06.2009 erfolgen solle, melden sich bereits der Abg. Rordorf und die Vorsitzende für ihre Fraktionen an.

Da die Vorsitzende zur Sache sprechen will, übernimmt der Abg. Zietz den Vorsitz. Die Abg. Meyer betont, dass sie mehrfach von Bürgern angesprochen worden sei, die Näheres über den Weg des Grünabfalles wissen möchten. Dazu erläutert der Abg. Scholz, dass es zwei Einsammlungskreise gäbe. Dabei würden über die Sammlung (Kosten = ca. 200.000 €) ca. 5.000 Mg und ca. 1.000 Mg direkt auf der

Kreismülldeponie angeliefert. Aufgrund der vorhandenen Schwermetallproblematik gäbe es etwa zwei gleich große Einzugsbereiche im Landkreis. Das Material würde auf der Kreismülldeponie zwischengelagert und bei Bedarf würde es auf Kosten der Gesellschaft für Biokompost mbH geschreddert und nach Upen zur Herstellung von Qualitätskompost bzw. das belastete Material zum Rekultivierungsmaterial verarbeitet. Die Nachfrage nach den Gewinnen, die der Landkreis dadurch erziele, beantwortet Kreisoberamtsrat Bührmann mit dem Hinweis, dass zunächst die Behandlungspreise entsprechend reduziert würden und evtl. bei einer Dividendenausschüttung von beispielsweise 7 % der Landkreis als Gesellschafter für die 10 %-Anteile am Stammkapital (=31.000 €) somit eine Einnahme von 2.150 € erziele. Von Millionengewinnen könne deshalb keine Rede sein. Die im Raum stehenden 3 Mio. € würden sich auf die gesamte Bilanzsumme beziehen.

Die Abg. Meyer spricht den ihr vorliegenden Leistungs- und Gebührenvergleich mit den Nachbarkommunen an und bittet um Stellungnahme. Kreisoberamtsrat Bührmann erwidert, dass solche Vergleiche auch im Hinblick auf die vom zuständigen Minister Sander versuchte Vergleichbarkeit von Gebühren nicht seriös zu erstellen seien. Es handele sich jeweils um Momentaufnahmen und zusätzlich weise jede entsorgungspflichtige Kommune Besonderheiten auf, so dass Gebührenvergleiche nicht ohne Leistungsvergleiche vorgenommen werden dürften.

Der Vorsitz wird wieder von der Abg. Meyer übernommen.

Es folgt ein kurze Aussprache, an der sich die Abg. Lohrberg, Schirmer, Wellerdick, Wode und der Landrat beteiligen. Insbesondere zum Thema Öffentlichkeitsarbeit nimmt der Landrat besonders Stellung und erklärt, dass trotz bisher sehr guter Beratung und Aufklärungsarbeit viele Gebührenpflichtigen die Notwendigkeit von Gebührenanpassungen nicht wahrhaben wollen. Ang. Maruhn-Vladi gibt dazu einen kurzen Sachstandsbericht nach Versand der Gebührenbescheide.

#### Punkt 6:

Anfragen und Mitteilungen

Anfragen werden nicht gestellt, Mitteilungen nicht gegeben.

#### Punkt 7:

Einwohnerfragestunde

Herr [REDACTED] erklärt, dass er bestürzt sei über die Aussage des Landrates bei Nennung des Betrages von „nur“ 5 Euro je Person und Monat, welcher für die Abfallabfuhr zu zahlen sei. Er empfinde, dass auch der Betrag von 5 € schon wehtue. Der Landrat erwidert, dass er die Aussage so nicht getroffen habe, sondern erläutere, dass jeder für die 5 € im Monat ja auch eine entsprechende Gegenleistung, insbesondere durch die Vorhaltekosten, erhalte.

Weiterhin erklärt Herr [REDACTED], dass er den Vorschlag von Abg. Schirmer (Kosteneinsparung bei der Abdichtung von Ablagerungsflächen) sehr positiv sieht.

Dazu antwortet der Landrat mit dem Hinweis, dass dieser Vorschlag geprüft werde.

Herr [REDACTED], Einwohner aus Hattorf am Harz, erklärt, dass er einer der Kläger gegen die Abfallgebühr 2007 sei und dass er hiermit die ihm zustehende Auszahlung seiner Gerichtskosten auf das dem Landkreis bekannte Konto beantrage. Das wurde zugesagt.

Die weitere Nachfrage zum kalkulatorischen Zinssatz von 5,5 % für das Kalkulationsjahr 2007 beantwortet Kreisamtmann Cerny mit dem Hinweis, dass nicht die tatsächlichen Ist-Zinsen als Ausgaben zu berechnen seien, sondern dass es sich um einen kalkulatorischen Zinssatz bestehend aus einem Mischzins für Eigen- und Fremdkapital handle. Aufgrund der anzuwendenden betriebswirtschaftlichen Grundsätze wäre so zu verfahren.

Um 11.25 Uhr schließt die Vorsitzende die Sitzung.

*gez.*  
*Helga Meyer*

Vorsitzende

*gez.*  
*Bernhard Reuter*

Landrat

*gez.*  
*Rüdiger Cerny*

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Ausschusses für Abfall- und Bodenschutz  
am 5. November 2009